

## Zum Mindestlohn gibt es keine vernünftige Alternative

### Fraktion der Linkspartei unterstützt Unterschriften-Kampagne der SPD

Es kommt nicht oft vor, dass die Abgeordneten einer Partei eine Unterschriftenaktion eines politischen Mitbewerbers unterstützen. Bei der Mindestlohn-Kampagne der SPD „Politik für gute Arbeit - Deutschland braucht Mindestlöhne“ ist dies der Fall. Alle meine Fraktionskolleginnen und -kollegen und ich unterstützen die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns in Deutschland.

Endlich scheint die SPD da angekommen zu sein, wo die Linke schon lange steht: bei der Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Während der Regierungszeit von Rot-Grün wurde diese Position noch als undurchsetzbare linke Vision entschieden zurückgewiesen. Der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) war ein strikter Gegner des Mindestlohns und konnte sich in der Regierung Schröder-Fischer durchsetzen.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE nehmen mit ihrer Unterschrift unter den Aufruf zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland nun die Sozialdemokraten beim Wort. Wir möchten der SPD den Rücken stärken, damit sie sich gegen die ablehnende Haltung ihres Koalitionspartners CDU/CSU durchsetzen kann. Denn eine Regierungspartei sollte nicht nur Unterschriften sammeln, sondern auch ihre politische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Darüber

hinaus hoffe ich, dass auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises die Unterschriftenaktion unterstützen.

Meine Fraktion bringt die Kernpunkte der SPD-Kampagne in Form eines Antrages in den Bundestag ein. Dann können die Sozialdemokraten unter Beweis stellen, dass ihre Mindestlohn-Kampagne mehr als eine PR-Aktion ist, um die Beziehungen zu den Gewerkschaften aufzufrischen. Bisher wurden alle unsere Anträge zur Einführung eines Mindestlohns von der Großen Koalition strikt abgelehnt.

Übrigens hat die Praxis inzwischen rund um den Erdball erwiesen, dass Mindestlöhne volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Weltweit greifen über 90 Prozent aller Staaten auf eine Form der Mindestlohnsicherung zurück. In 20 der 27 EU-Staaten werden gesetzlich festgelegte Mindestlöhne gezahlt. In Großbritannien wurde der Mindestlohn erst jüngst erhöht und liegt nun knapp über acht Euro pro Stunde. Dieses Mindestlohn-Niveau fordert die Linkspartei bekanntlich auch für Deutschland.

Die Marktwirtschaft verdient nur dann das Prädikat sozial, wenn Menschen, die einer Vollzeitarbeit nachgehen, davon auch menschenwürdig leben können. Schließlich ist die Wirtschaft für die Menschen da und nicht etwa umgekehrt, wie es neoliberale „Zeit(un)geister“ mitunter glauben machen möchten. Diana Golze

